

Eisige Botschaft aus der Arktis



Bundeskanzler Friedrich Merz (l., CDU) und Jonas Gahr Støre, Ministerpräsident von Norwegen, vor der Raketenstartrampe im Andoya Space Port. Unter anderem einigten sich die beiden Regierungschefs auf eine Kooperation beider Länder beim Bau von U-Booten. Foto: Soeren Stache/dpa

MICHAEL FISCHER, SASCHA MEYER UND JULIA WÄSCHENBACH

Je länger der Iran-Krieg dauert, desto offener kritisiert Bundeskanzler Merz die USA. In Norwegen zeigt er sich verärgert über eine US-Entscheidung, die Russland zugutekommt.

ANDENES Bundeskanzler Friedrich Merz hat die Entscheidung der USA zu einer befristeten Aufweichung von Handelssperren für russisches Öl deutlich kritisiert. „Jetzt Sanktionen zu lockern, aus welchen Gründen auch immer, das halten wir für falsch“, sagte der CDU-Chef bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Ministerpräsident Jonas Gahr Støre auf der norwegischen Insel Andoya. Merz verwies darauf, dass Russland weiter keine Verhandlungsbereitschaft zur Beendigung seines Krieges gegen die Ukraine zeige. „Wir werden deshalb und müssen den Druck auf Moskau weiter erhöhen.“

US-Finanzminister Scott Bessent hatte zuvor auf der Plattform X mitgeteilt, dass Länder zeitweise russisches Öl kaufen dürften, das sich bereits auf Schiffen befinde. Ziel sei, das Angebot auf dem Weltmarkt zu verbessern. Die Ausnahme von US-Sanktionen soll bis 11. April gelten.

Merz warf den USA vor, sich damit innerhalb der G7 zu isolieren. „Es gab eine sehr klare Meinung von sechs Mitgliedern der G7, dass dies nicht das richtige Signal ist. Wir haben dann heute Morgen erfahren, dass sich die amerikanische Regierung offensichtlich anders entschieden hat“, sagte er.

Der CDU-Chef kritisierte zudem, dass keine Strategie erkennbar sei, wie der Krieg der USA und Israels gegen den Iran beendet werden solle. „Im Augenblick gibt es aus meiner Sicht deswegen auch keine Veranlassung, über eine militärische Absicherung der Seewege nachzudenken“, sagte er mit Blick auf einen möglichen Militäreinsatz in der Straße von Hormus. „Ich will es noch einmal sehr deutlich sagen: Deutschland ist nicht Teil dieses Krieges, und wir wollen es auch nicht werden.“

Auch Støre sagte, es gebe keine Pläne für einen Militäreinsatz. Die Idee eines internationalen Einsatzes wird vor allem vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron verfolgt. Er hatte nach einer Schalte der G7-Staats- und Regierungschefs davon gesprochen, dass die Staatengruppe eine solche Mission zur Eskortierung von Öltankern und Frachtschiffen durch Kriegsschiffe vorbereiten wolle, die Voraussetzungen seien jedoch noch nicht gegeben.

Weltraumbahnhof

Merz war am Donnerstagabend mit einem Truppentransporter der Luftwaffe in Andenes auf Andoya, 300 Kilometer nördlich des Polarkreises, eingetroffen. Dort besichtigte er mit Støre den neuen Andoya Space Port, von dem aus auch deutsche Unternehmen Satelliten ins All schicken wollen. Am 19. März soll erstmals eine 30 Meter lange „Spectrum“-Rakete mit fünf Satelliten starten. Viele europäische Satelliten werden bislang von Space X des US-Milliardärs Elon Musk gestartet.

Am Nachmittag reiste Merz mit einem Militärtransporter A400M zum Stützpunkt Bardufoss, wo er und Støre gemeinsam mit dem kanadischen Premierminister Mark Carney die Übung Cold Response besuchen. Daran nehmen nach Angaben der norwegischen Streitkräfte mehr als 32.500 Soldaten aus 14 Nato-Staaten in Norwegen und Finnland teil, darunter 1600 Bundeswehrsoldaten. Die Übung hat wegen des Konflikts zwischen den USA und Europa um Grönland besondere Bedeutung. Donald Trump hat Ansprüche auf die zu Dänemark gehörende Insel mit Sicherheitsdefiziten begründet.

73 Meter lange U-Boote

Bei dem Treffen von Merz, Støre und Carney geht es zudem um ein Rüstungsprojekt: Deutschland und Norwegen kooperieren beim Bau von 73 Meter langen U-Booten und

wollen Kanada einbinden. Die Regierung in Ottawa will in den nächsten Jahren vier ältere U-Boote ersetzen. Zu den Bietern gehört auch Südkorea. Eine Entscheidung der kanadischen Regierung soll bald fallen.